

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII 54

Bonn, den 19. März 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Schlechter Stil</u> CDU/CSU demontieren die parlamentarische Demokratie	45
2	<u>"Der richtige Mann am richtigen Platz"</u> CDU-Sozialausschüsse und Dufhues sind verschiedener Auffassung Von Fritz Zschesche	38
3	<u>Hilfe für vertriebene Bauern.</u> Nachlese zum 2. Ostdeutschen Bauerntag Von Willi Jäger	43
	* * *	
	<u>Beilage</u> Seite 1 bis 8	
4	<u>Die Stimme gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz"</u> SPD-Vorsitzender Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag	12
4 - 5	<u>Die dramatische Stunde</u> Von Siegfried Aufhäuser	96
3 - 5	<u>So erlebte ich das "Ermächtigungsgesetz"</u> Von Josef Felder, MdB	120
6 - 8	<u>Wortlaut der Rede von Otto Wels</u>	123

Chefredakteur Günter Markscheffel

CDU/CSU demontieren die parlamentarische Demokratie

sp - Zum zweiten Mal innerhalb weniger Tage hat die CDU/CSU einen Beitrag zur Demontage der parlamentarischen Demokratie geleistet. In der vergangenen Woche wurde dem Haushaltsausschuss des Bundestages eine von der Regierung nicht verantwortlich gezeichnete Vorlage zur Erhöhung des Verteidigungshaushalts von 17 auf 18,4 Milliarden DM zugeleitet und auf Betreiben der CDU/CSU-Abgeordneten gebilligt. Montagabend dieser Woche hat die CDU/CSU den Bundestag beschlußfähig gemacht, weil sie wußte, daß der Regierung und ihr eine Abstimmungsniederlage bevorstand.

- * Die "Siege", die CDU/CSU auf diese Weise errungen haben,
- * machen die parlamentarische Demokratie zu einer Farce und
- * untergraben das Vertrauen unseres Volkes in das Parlament.

Der Vorgang von Montagabend ist symptomatisch für die innere Verfassung der CDU/CSU. Da ihr überzeugende Argumente für die Politik Adenauers fehlen, ersetzt sie diese durch häßliche Tricks. Sie verpflichtete ihre Abgeordneten zum Fraktionszwang in einer Frage, bei der es ausschließlich um eine Sachentscheidung ging. Wir verweisen deswegen auf diesen Umstand, weil zur Genüge bekannt ist, wie man besonders in Nordrhein-Westfalen und in Schleswig-Holstein über das am Montagabend im Bundestag zur Debatte gestandene Problem denkt.

Erstauslich ist die Verhaltensweise der CDU/CSU allerdings nicht. Diese Parteien befinden sich seit der Bundestagswahl 1961 nach der Verlust der absoluten Mehrheit in einem desolaten Zustand. Der Vorsitzende der CDU, Dr. Adenauer, antwortet nach den Worten der stellvertretenden Parteivorsitzenden auf Abruf. Der Vorsitzende der CSU, Franz Josef Strauss, wurde der Lüge überführt, mußte als Minister ausweichen und kämpft heute mit einigen wenigen Freunden verzweifelt um seinen Verbleib als Spitzenmann der CSU in Bayern. Der geschäftsführende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, verkündet im Fernsehen die Notwendigkeit einer "Reform der Partei an Haupt und Gliedern", gesteht ein, daß die bisher stärkste Regierungspartei keine demokratische Willensbildung von unten kennt und sucht nach Bundesgenossen für eine Wiederbelebung des totgelaufenen Parteiapparats. Von einer politischen Programmatik im Sinne klarer Vorstellungen dessen, was unser Volk innen- und aussenpolitisch braucht, ist überhaupt nicht mehr die Rede. Dagegen wird umso eifriger im Freiringerstil um die Position von Personen gekämpft, von denen man selbst hinter vorgehaltener Hand und mit Augenzwinkern sagt, sie seien eigentlich nur noch als Zugpferde für kommende Wahlen zu gebrauchen.

Aus diesem Ungeist einer nicht mehr demokratisch funktionierenden Partei entsteht eine Handlungsweise, deren Effekt - wir wiederholen es - die Demontage der parlamentarischen Demokratie ist. Was Montagabend geschah, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es den Führungen der Parteien eines Adenauer und eines Strauss nicht mehr um den demokratischen Staat, nicht mehr um die parlamentarische Demokratie, sondern nur noch um ihre eigene Haut geht.

"Der richtige Mann am richtigen Platz"

CDU-Sozialausschüsse und Dufhues sind verschiedener Auffassung
Von Fritz Zschiesche

Krokodilstränen vergießen die Vertreter der CDU-Sozialausschüsse über eine Aktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Zusammenhang mit den Betriebsrätewahlen. Die SPD hat in einer achtseitigen Flugschrift, die unter dem Titel "Der richtige Mann am richtigen Platz" in einer Auflage von über 3,5 Millionen zur Verteilung kommt, zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen Stellung genommen.

Damit, so meint der Hauptvorstand der CDU-Sozialausschüsse in Königswinter, leiste die SPD einer Parteipolitik in den Betrieben Vor-schub. Parteipolitik in den Betrieben sei abzulehnen. Soweit die Sozialausschüsse.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU, Herr Dufhues, ist anderer Meinung. Auf einer Tagung in Kiel hat er über eine innere Reorganisation der CDU gesprochen. Mittelpunkt dieser Reorganisation ist der von Dufhues angekündigte Aufbau eines Vertrauensmänner-Systems in der CDU. Diese Vertrauensmänner sollen - angeblich nach dem Vorbild der Weimarer Parteien - das Gedankengut der Union in regionalen Bezirken, Betrieben und Organisationen verbreiten.

In Wirklichkeit handelt es sich bei den Plänen Dufhues' um eine Kopierung des politischen Vertrauensmänner-Systems der SPD, um den Aufbau des vielgeschmähten "Funktionärkörpers", ohne den auch die CDU auf die Dauer nicht auskommt, wenn sie sich nicht über die Honoratiorenpartei zum Wahlverein abwerten will.

Besonderes Interesse verdienen die Pläne von Dufhues vor allem deshalb, weil die CDU immer wieder der SPD den Vorwurf gemacht hat, sie habe mit ihren Betriebsgruppen die "Politisierung der Betriebe", d.h. die politische Beeinflussung der Arbeitnehmerschaft in den Betrieben vorangetrieben. Dieses Verhalten stehe angeblich im Widerspruch zum Betriebsverfassungsgesetz. Was anderes sollen wohl die Vertrauensmänner der CDU, die in den Betrieben tätig werden sollen, wenn ihnen aufgetragen wird, dort das Gedankengut der CDU zu verbreiten?

Die SPD hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie das Recht zur Zusammenfassung ihrer betriebstätigen Mitglieder zu Betriebsgruppen auch anderer demokratischer Parteien zugesteht. Deshalb besteht auch kein Anlaß, es jetzt der CDU zu verargen. Nur müßten sich die CDU-Sozialausschüsse einmal mit ihrem Parteireformer Dufhues darüber abstimmen, ob man nicht der Glaubwürdigkeit halber verpflichtet sei, eine Sprachregelung zu finden, die auch anderen demokratischen Kräften gestattet, zu tun, was die CDU sich nunmehr anschickt, nachzuholen.

Hilfe für vertriebene Bauern

Nachlese zum 2. Ostdeutschen Bauerntag

Von Willi Jäger

Am vergangenen Wochenende fand in Lippstadt eine Kundgebung heimatvertriebener und geflüchteter Bauern statt, auf der als einziger Redner der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, sprach. Die Veranstaltung war eine Art Nachlese zu dem 2. Ostdeutschen Bauerntag in Bad Godesberg, der vor einigen Monaten die Öffentlichkeit aufhorchen ließ. Was man in der Bundesrepublik schon nicht mehr gewöhnt war, hatte sich an jener 23. September in Bad Godesberg ereignet. Bundesminister und Vertreter der Regierungsparteien wurden von empörten Menschen durch lautstarke Proteste am Weitersprechen gehindert.

Das Echo auf die turbulenten Geschehnisse war unterschiedlich. Die Presse äußerte sich zum Teil kritisch und bezichtigte die Kundgebungsteilnehmer - je nach eigenem Standpunkt - des "Linken-" oder "Rechtsradikalismus". So schrieb beispielsweise Paul Wilhelm Wenger im "BERLINISCHER MERKUR":

"Die schwarze Fahne, mit deren Hilfe die Verantwortung für dieses unlösbare Dilemma der Bundesregierung angelastet wird, nimmt der roten Fahne des Bolschewismus nur die offen zu Tage liegende Schuld ab."

Man registrierte die Auswirkungen, ohne die Ursachen zu kennen. Tatsächlich hatten die heimatvertriebenen und geflüchteten Landwirte Grund genug, um ihrer Empörung Ausdruck zu geben. Zehntausende von ihnen warten seit Jahren auf die Zuteilung einer Siedler- oder Nebenerwerbsstelle, die Älteren auf eine ausreichende Altersversorgung. Noch vor der Bundestagswahl 1961 hatte der Bundeskanzler erklärt:

"Die Eingliederung der vertriebenen und geflüchteten Bauern bleibt als eine nationalpolitische Verpflichtung bestehen, sie stellt eine der wichtigsten innerdeutschen Entwicklungsaufgaben dar."

Als dann kurze Zeit nach der Wahl der Haushaltsplan 1962 beraten wurde, waren die Bundesregierung und die CDU/CSU-FDP nicht bereit, die erforderlichen Mittel zur Verwirklichung des laufenden Fünfjahresplanes zur Eingliederung der Siedlungswilligen bereitzustellen. Die vertriebenen und geflüchteten Bauern fühlten sich von der Bundesregierung betrogen. Als ihr Anwalt und leidenschaftlicher Verfechter ihrer Forderungen erwies sich gerade in dieser Zeit der Abgeordnete Rehs, der als Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Heimatvertriebene, wie als Sprecher seiner Fraktion im Bundestag und in der Öffentlichkeit für eine gerechte Regelung eintrat. Es ist im wesentlichen mit sein und der sozialdemokratischen Fraktion Verdienst, daß der Bundeshaushalt 1963 entsprechende Mittel für die Durchführung der Eingliederungsmaßnahmen vorsieht. So war es verständlich, daß der Abgeordnete Rehs in Lippstadt von den fast 2 000 Kundgebungsteilnehmern als Verfechter ihrer Belange im Bundestag begrüßt wurde.

Die Stimme gegen Hitlers "Ermächtigungsgesetz"

SPD-Vorsitzender Otto Wels am 23. März 1933 im Reichstag

Vor 30 Jahren - am 23. März 1933 - hat der damalige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Otto W e l s , im Namen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion die große Rede gegen Hitlers "Ermächtigungsgesetz" gehalten. Er war der einzige deutsche Parlamentarier, der für seine Fraktion die Anklage gegen Hitlers "Ermächtigungsgesetz" schleuderte.

Die dramatische Situation jener Stunden, in denen Otto Wels erschrocken und mutig die Stimme der deutschen Demokratie zu Gehör brachte, schildern Siegfried A u f h ä u s e r , Berlin, und MdB Josef F e l d e r. Siegfried Aufhäuser und Josef Felder waren 1933 Mitglieder des Deutschen Reichstages.

* *
*

Die dramatische Stunde

Von Siegfried Aufhäuser

Am 5. März 1933 hatten die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen 288 Abgeordnete, die SPD 120 Abgeordnete erhalten. Da die Nationalsozialisten mit 43,9 Prozent über keine Mehrheit verfügten, entschloss sich Hitler eine Koalition mit den Deutschnationalen zu machen. Die Kommunisten hatten zwar 8 Mandate errungen, wurden aber mit Gewalt gehindert, sie auszuüben. Auch die Sozialdemokraten hatten zahlreiche Verhaftungen ihrer Abgeordneten zu beklagen, wurden gefoltert, halb totgeschlagen, gemordet oder in die Flucht getrieben, so daß wir in der Reichstagsitzung am 23. März 1933 nur mit 94 Abgeordneten antreten konnten.

In einem Nebenraum der Reichstagsruine konnten wir ab 21. März 1933 noch die erforderlichen Fraktions- und Fraktionsvorstandssitzungen abhalten. Die offizielle Reichstagsitzung war nach der dem alten Reichstag gegenüber liegenden Kroll-Oper auf dem Platz der Republik gelegen, doch durften wir nicht erfahren, wie der Ablauf der Parliamentsitzung geplant war. Wir wußten nur, daß alle Parteien rechts von der SPD mit einigen Reden ihre Zustimmung zu einem uferlosen Ermächtigungsgesetz für Hitler begründen würden.

Unser Fraktionsvorstand hatte zunächst den Redner zu bestimmen, der als einziger in dem hohen Hause dem Allgewaltigen entgegentreten sollte. Der Fraktionsvorsitzende war erkrankt, doch meldeten sich junge Wortführer der SPD, um den schwierigen Auftrag der Partei zu übernehmen. Aber Otto Wels verlangte kurzerhand, ihn als den Parteivorsitzenden zum Sprecher zu bestimmen, wohl bewußt, daß sein angegriffenes Herz und die zu erwartenden Gewalttätigkeiten eine Lebensgefahr für ihn bedeuteten. "Ein anderer Redner kommt für die SPD nicht infrage, und ich erfülle nur meine Pflicht, wenn ich Hitler die gebührende Antwort gebe."

Die Rede zu formulieren war nicht einfach, denn der Mob, der sich in Massen eingefunden hatte und vor allem die Gallerie bevölkerte, wartete nur darauf, daß Wels mit einem scharfen Wort den Anlass zu Krach und Gewalttätigkeiten bieten würde. Die Rede von Wels blieb klar und eindeutig und wurde überraschend aufmerksam angehört. Bei dem Einzug unserer 94 Männer und Frauen hatten die SA-Leute eine enge Gasse frei gelassen, um uns Spießruten laufen zu lassen. Keiner von uns war jemals mit soviel Dreck beworfen worden, wie in dieser hohlen Gasse. Bei Kroll angekommen, gab mir ein Berliner Fraktionskollege den Rat: "Mensch, gib doch die Jarde robe beim Zentrum ab, man kann nie wissen."

Die Vorräume, Leseräume, das Restaurant usw. waren von den braunen Heerhaufen belagert. Wo die SPD-Abgeordneten auch immer ein Wort mit einander reden wollten, wurden sie abgehört und kontrolliert. Im Sitzungssaal waren alle Korridore zwischen den Sektoren des Parketts dicht mit SA besetzt; wir waren in Gefangenschaft. Otto Wels saß links in der zweiten Reihe; ich saß unmittelbar hinter ihm.

Die Regierungsestrade glich mit ihren bunten Fahnen und Uniformen der üblichen Nazi-Parade. Die Gesichter im Parkett und auf der Gallerie waren haßerfüllt auf uns gerichtet. Die anderen Parteien zeigten sich willenlos und resignierend, während auf der Gallerie Tobsuchtsanfälle demonstriert wurden.

Dann wurde Hitler mit dem üblichen Getue begrüßt und legte los. Eine Inflation von Schmähungen prasselte auf die "verbrecherischen Marxisten" herab. Hitler gab zu verstehen, daß ihm seine kärgliche Mehrheit nicht genüge und dieses Parlament mit seiner bürgerlichen Mehrheit seiner Regierung durch das Ermächtigungsgesetz die verfassungsmässige Gewalt geben müsse, mit Verordnungen zu regieren. Er sagte auch deutlich, er könne nicht für Taten seiner Anhänger aufkommen, wenn ihm die Parteien nicht die notwendige Macht verlichen.

Dann folgte wieder der übliche Chorgesang, die "Heil Hitler"-Rufe und die Sitzung wurde auf drei Stunden vertagt. In der Pause erschien der Zentrumsabgeordnete Dessauer bei Otto Wels, um ihn zu beschwören, auf seine Rede zu verzichten. Es sei fraglich, ob er sie überleben würde. Eine Gruppe von jüngeren Fraktionskollegen umkreiste Wels und rieten ihm, er möge diese lebensgefährliche Aufgabe einem von ihnen überlassen. Wels: "Das mache ich selbst!"

18 Uhr 16 beginnt die zweite Sitzung. Wels geht langsam und sicher zur Rednertribüne. Entgegen den Mahnungen seines Arztes war er selbst sicher und furchtlos, daß das tapfero Herz zur gegebenen Stunde einfach nicht versagen dürfe. Seine Rede, die an anderer Stelle abgedruckt ist, war das unzerstörbare Bekenntnis der SPD zu Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Freiheit. Sein Bekennermut vor der drohenden Meute mit geballten Fäusten war mein tiefes Erlebnis in einer großen Stunde von Otto Wels.

Langsam und ruhig, wie der politisch bewußte Mann zur Bühne geschritten war, ging er auch nach Schluß seiner Rede auf seinen Platz zurück. Er hatte Hitler ins Gesicht gesagt: "Wir sind wehrlos, aber nicht ehrlos!"

Otto Wels wußte, daß er jede Minute das Opfer der Gewalt sein konnte, aber der alte Sozialist war sich bewußt, daß er eine Überzeugungskraft ausstrahlte, die auch die Halbstarcken des braunen Regimes im Bann halten mußte.

Und so ist diese Sitzung nicht ganz programmgemäß verlaufen. Abgesehen von dummen witzlosen Zwischenrufen hat sogar der Nazi-Mob Otto Wels angehört und zu Ende reden lassen. Hitler bekam sein Ermächtigungsgesetz mit 441 gegen 94 Stimmen der SPD bestätigt, aber dennoch hatte Otto Wels - und das bleibt in der Geschichte einmalig - in der Zitadelle einer faschistischen Festung sein tapferes Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus abgelegt. Der Sieg der Idee war nicht vergeblich. In den 12 Jahren der Hitler-Nacht über Deutschland leuchteten seine Worte in den Herzen des Volkes hell und hoffnungsvoll.

* * *

So erlebte ich das "Ermächtigungsgesetz"

Von Josef Felder, MdB

Die Ankündigung der Rede Hitlers hatte auf dem weiten Gelände zwischen dem nur mehr für Fraktionssitzungen verwendbaren Reichstagsgebäude und der provisorisch für die Tagung des Plenums hergerichteten Kroll-Oper eine riesige Menschenmenge in Bewegung gesetzt. Die Agitatoren der NSDAP peitschten sie unaufhörlich mit Zurufen auf und so ergab sich auch allmählich eine Pogromstimmung. Sprechchöre brandeten zu den Fraktionszimmern hinauf, um den Abgeordneten der bürgerlichen Mitte und der SPD begreiflich zu machen, daß der Reichstag bewußt unter äußersten Druck gesetzt werde: "Wir wollen das Ermächtigungsgesetz, sonst gibts Zunder!" "Nieder mit den roten Schuften und Landesverrättern!" Kein Wunder, daß die unheimliche Situation bis in die Reihen der SPD-Fraktion hinein psychische Wirkungen und bei manchen auch die Meinung auslöste, in diesen Reichstag noch hineinzugehen, bedeute Selbstmord.

Im Zentrum wartete man nervös - aber vergeblich - auf die vom Prälaten Kaas geforderte und von Hitler heuchlerisch zugesagte Beruhigungspille in der Form einer Erklärung, die die baldige Wiederherstellung der wichtigsten bürgerlichen Freiheiten und Staatsbürgerrechte verbürgen sollte. Der Zentrumsabgeordnete und christliche Arbeiterführer Joos, ein sehr achtbarer, klar denkender Mann, suchte während der Fraktionsberatungen mehrmals Verbindung mit der SPD, um sie über den Verlauf der Beratungen beim Zentrum zu unterrichten. Nur schwer, sehr schwer konnten sich dort verschiedene Abgeordnete zu einer verklausulierten Billigungsformel für das Diktaturgesetz durchringen. Schließlich einigte man sich darauf, zunächst die Rede Hitlers anzuhören und dann nochmals zu beraten.

Der Gang vom Wallotbau zur Kroll-Oper war zum Dornenpfad geworden. Unmittelbar vor dem Portal des neuen Reichstages erlebten wir die Verhaftung unseres Parteifreundes Carl Severing, der nach der Abstimmung auf Intervention von Löbe bei Göring wieder freikam. Hitler ließ wie ein Star auf sich warten. Die Abgeordneten zeichneten sich in die Anwesenheitsliste ein, mancher von ihnen bewitzelt von schlaksigen SA- und SS-Führern, die aus dem ganzen Reich eingeladen waren, um dem großen Schauspiel beizuwohnen. Die Minister-Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei wurden - für uns eine besonders interessante Wahr-

nehmung - von ihren NSDAP-Kollegen förmlich gemiedet. Der Verfasser dieses Berichtes erinnert sich genau an den Ausspruch eines SA-Obergruppenführers, der in der Nähe Hugenberg's stand, als dieser sich einzeichnete. Halblaut und hämisch zwinkernd sagte der SA-Führer zu seiner Begleitung: "Diesen alten Fuchs werden wir auch bald abservieren!"

* * *

Hitler kam mit Gefolge und erhobener Hand, die fremden Botschafter, Gesandten und sonstige Prominente in den vollgepfropften Logen erhoben sich, die bestiefelten Nazis schlugen die Hacken zusammen, die bürgerliche Mitte und die SPD standen schweigend. Das Kabinett hatte Platz genommen, der Diktator war eingerahmt von Papen und Hugenberg und in der Mitte hinter der Regierungsbank thronte auf besonders erhöhtem Podest vor dem riesigen, die ganze Wandfläche einnehmenden Hakenkreuz der Reichstagspräsident: Hermann Göring in großer Gala.

In diesem Augenblick geschah etwas Ungewöhnliches: Viele SA- und SS-Leute betraten in völlig unzulässiger Weise den Raum der Abgeordneten und bildeten längs der Sitzreihe der SPD einen dichten Korridor. Drohende Laute und diffamierende Witze verstummten erst, als Hitler zu seiner programmatischen Rede das Wort nahm. Bei jedem seiner sarkastischen Hiebe gegen die Linke des Hauses fieberten die braunen Mordgesellen und es sah mehr als einmal so aus, als wollten sie sich auf uns stürzen. Aber Hermann Göring hielt sie mit einer Handbewegung und ironischem Lächeln immer wieder in Schach. Hitler gab eine Reihe von Versicherungen ab, die zum Ziel hatten, das Ausland und den Reichspräsidenten zu beruhigen. Dann aber drohte er den Parteien für den Fall der Ablehnung des Gesetzes unverhohlen mit Gewalt. Er schloß seine Rede: "Wählen Sie nun, meine Herren, zwischen Krieg und Frieden!"

Sofort wurde die Sitzung auf die Dauer von drei Stunden unterbrochen. Die Fraktionen hielten im alten Reichstag ihre Schlußberatung. Warnend, ja beschwörend kam der Abgeordnete Joos nochmals zu uns: "Reist ab oder sagt Ja, ihr seid in Lebensgefahr!" - Es kam der eindringende Appell jüngerer Kräfte an Otto Wels, die Antwort der SPD an Hitler an sie abzugeben. Dr. Schumacher war dazu bereit. Mit klarer, aber zornbebender Stimme antwortete der Parteiführer: "Kein anderer als ich hat in dieser schweren Stunde die Verpflichtung, das Nein der Sozialdemokratie auszusprechen. Auf jede Gefahr hin werde ich es tun!"

* * *

Otto Wels erhielt nach dem Zusammentritt des Plenums sofort das Wort. Er stand würdevoll und äußerst beherrscht ohne jedes Zeichen von Furcht am Rednerpult. Beifall durch uns, der seine besonders markanten Formulierungen unterstrich, löste Zischen und Zwischenrufe der Horde um uns aus, während die Nazi-Abgeordneten verhältnismäßig ruhig waren. Göring winkte seiner SA ab und sagte mit schneidender Stimme: "Die Abrechnung ist dann Sache des Führers!"

Dieser Führer wurde sehr nervös, notierte eifrig auf kleinen Zetteln und schüttelte mehrmals den Kopf. Otto Wels' ruhiger Art gelang es, seine Rede zu beenden. Wir klatschten Beifall, die Rechte des Hauses brach in höhnisches Gelächter aus. Und dann stürzte Hitler

förmlich ans Rednerpult. "Ihre Erklärungen, Herr Abgeordneter, sind der Weltgeschichte etwas zu spät mitgeteilt worden". Mit dieser überheblichen Phrase begann die Antwort Hitlers auf die Rede von Otto Wels und auf den ihm sichtlich besonders unangenehmen Hinweis, daß es der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratie war, der nach dem ersten Weltkriege auf internationalen Kongressen mit größter Leidenschaft für die Beseitigung des Mißtrauens der Welt gegenüber dem deutschen Volk eingetreten war. Hitler versuchte, die "angeblichen" Verfolgungen der SPD lächerlich zu machen mit dem Hinweis auf das ihm und seiner Partei im Kampf gegen die "System-Regierungen" widerfahrne "Unrecht" und er wählte hier seine Formulierungen so, daß SA und SS verstehen konnten: Von heute an ist die gesamte Linke vogelfrei. Wir merkten es den ungruppierten NS-Funktionären deutlich genug an, wie sie nach einem "Schlachtfest" lechzten. Faktisch schloß Hitler seine Rede mit einer verächtlichen Geste gegen die SPD-Fraktion und den Worten: "Ich will gar nicht, meine Herren, daß Sie für das Ermächtigungsgesetz stimmen." frenetischer Beifall bei den Nazi-Abgeordneten und den Deutschnationalen, betretenes Schweigen bei der bürgerlichen Mitte. Hitler hatte bei Beginn seiner "Abrechnung" mit Otto Wels eben schon die Gewißheit, daß die Abstimmung infolge der durch seine massive Drohung und eine grandiose Lüge herbeigeführten Kapitulation von Zentrum, Bayerischer Volkspartei und Staatspartei eine Zweidrittelmehrheit für das Diktatursgesetz ergeben werde.

* * *

Prälat Kaas übermittelte die Zustimmung des Zentrums mit bewegter Stimme. Man spürte bei jedem Satz, welche tiefen Zweifel und Sorgen ihn quälten. Aber wie das Zentrum, so glaubte auch die Bayerische Volkspartei weiter unentwegt daran, in kürzester Frist doch "regulierend" in das Kabinett einsteigen und "mitspielen" zu können.

Die namentliche Abstimmung leitete Göring mit schwulstigen Sätzen ein. Während die Auszählung erfolgte, wurden in einer Rekordabstimmung alle vorliegenden Anträge an die "zuständigen Ausschüsse" überwiesen.

* * *

Die historische Sitzung war um 19.45 Uhr zu Ende. Draussen war es Nacht geworden, die ganze Front der Kroll-Oper blockierten elegante, große Autos der vermeintlich zum Ziel gelangten preußisch-deutschen Herrenklasse und der aus vernebelter Masse emporgestiegenen wirklichen Gewinner. So strebten wir denn in aller Eile zu den Seitenausgängen, um uns dann in einem vereinsartigen Lokal zu treffen. Den hünenhaften Schmidt Köpenick, den sozialdemokratischen Vertreter der Landarbeiter im Parlament, hatte die Menge erkannt und überschüttete ihn mit den wüstesten Beschimpfungen. Wieder dröhnten die ganze Nacht hindurch die Kampflieder der braunen Bataillone durch die Strassen.

* * *

Siehe nächste Seiten:

Die Rede von Otto Wels am 23. März '33
im Reichstag

Die Rede von Otto Wels
am 23. März 1933 zum Ermächtigungsgesetz

"Meine Damen und Herren!

Der außenpolitischen Forderung deutscher Gleichberechtigung, die der Herr Reichskanzler erhoben hat, stimmen wir Sozialdemokraten um so nachdrücklicher zu, als wir sie bereits von jeher grundsätzlich verfochten haben. Ich darf mir wohl in diesem Zusammenhang die Bemerkung gestatten, daß ich als erster Deutscher vor einem internationalen Forum, auf der Berner Konferenz am 3. Februar des Jahres 1919, der Unwahrheit von der Schuld Deutschlands am Ausbruch des Weltkrieges entgegengetreten bin. Nie hat uns irgendein Grundsatz unserer Partei daran hindern können oder gehindert, die gerechten Forderungen der deutschen Nation gegenüber den anderen Völkern der Welt zu vertreten.

Der Herr Reichskanzler hat auch vorgestern in Potsdam einen Satz gesprochen, den wir unterschreiben. Er lautet: 'Aus dem Aberwitz der Theorie von den ewigen Siegern und Besiegten kam der Wahwitz der Reparationen und in der Folge die Katastrophe der Weltwirtschaft'. Dieser Satz gilt für die Außenpolitik; für die Innenpolitik gilt er nicht minder. Auch hier ist die Theorie von ewigen Siegern und Besiegten, wie Herr Reichskanzler sagte, ein Aberwitz.

Das Wort des Herrn Reichskanzlers erinnert uns aber auch an ein anderes, das am 23. Juni 1919 in der Nationalversammlung gesprochen wurde. Da wurde gesagt: 'Wir sind wehrlos, wehrlos ist aber nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre, daran ist kein Zweifel. Aber dass dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, da es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zugrunde geht, das ist unser Glaube bis zum letzten Atemzug.'

(Zuruf von den Nationalsozialisten: "Wer hat das gesagt?")

Das steht in einer Erklärung, die eine sozialdemokratisch geführte Regierung damals im Namen des deutschen Volkes vor der ganzen Welt abgegeben hat, vier Stunden bevor der Waffenstillstand abgelaufen war, um den Weitermarsch der Feinde zu verhindern.

Zu dem Ausspruch der Herr Reichskanzlers bildet jene Erklärung eine wertvolle Ergänzung.

Aus einem Gewaltfrieden kommt kein Segen; im Innern erst recht nicht. Eine wirkliche Volksgemeinschaft läßt sich auf ihn nicht gründen. Ihre erste Voraussetzung ist gleiches Recht. Mag sich die Regierung gegen rohe Ausschreitungen der Polemik schützen, mag sie Aufforderung zu Gewalttaten und Gewalttaten selbst in Strenge verhindern. Das mag geschehen, wenn es nach allen Seiten gleichmäßig und unparteiisch geschieht, und wenn man es unterläßt, besiegte Gegner so zu behandeln, als seien sie vogelfrei: 'Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.'

Nach den Verfolgungen, die die Sozialdemokratische Partei in der letzten Zeit erfahren hat, wird billigerweise niemand von ihr verlangen oder erwarten können, daß sie für das hier eingebrachte Ermächtigungsgesetz stimmt. Die Wahlen vom 5. März haben den Regierungsparteien die Mehrheit gebracht und damit die Möglichkeit gegeben, streng nach Wortlaut und Sinn der Verfassung zu regieren. Wo diese Möglichkeit besteht, besteht auch die Pflicht. Kritik ist heilsam und notwendig. Noch niemals seit es einen Deutschen Reichstag gibt, ist die Kontrolle der öffentlichen Angelegenheiten durch die gewählten Vertreter des Volkes in solchem Maße ausgeschaltet worden, wie es jetzt geschieht, und wie es durch das neue Ermächtigungsgesetz noch mehr geschehen soll. Eine solche Allmacht der Regierung muß sich um so schwerer auswirken, als auch die Presse jeder Bewegungsfreiheit entbehrt.

Meine Damen und Herren!

Die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, werden vielfach in krassen Farben geschildert. Wie immer in solchen Fällen fehlt es auch nicht an Übertreibungen. Was meine Partei betrifft, so erkläre ich hier: Wir haben weder in Paris um Interventionen gebeten noch Millionen nach Prag verschoben noch übertreibende Nachrichten ins Ausland gebracht. Solchen Übertreibungen entgegenzutreten wäre leichter, wenn im Inland eine Berichterstattung möglich wäre, die Wahres und Falsches scheidet.

Noch besser wäre es, wenn wir mit gutem Gewissen bezeugen könnten, daß die volle Rechtssicherheit für alle wiederhergestellt sei. Das, meine Herren, liegt bei Ihnen!

Die Herren von der Nationalsozialistischen Partei nennen die von ihnen entfesselte Bewegung eine nationale Revolution, nicht eine nationalsozialistische. Das Verhältnis ihrer Revolution zum Sozialismus beschränkt sich bisher auf den Versuch, die sozialdemokratische Bewegung zu vernichten, die seit mehr als zwei Menschenaltern die Trägerin sozialistischer Gedankengutes gewesen ist und auch bleiben wird. Wollten die Herren von der Nationalsozialistischen Partei sozialistische Taten verrichten, sie brauchten kein Ermächtigungsgesetz. Eine erdrückende Mehrheit wäre Ihnen in diesem Hause gewiß. Jeder von Ihnen im Interesse der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten, der Beamten oder des Mittelstandes gestellte Antrag könnte auf Annahme rechnen, wenn nicht einstimmig, so doch mit gewaltiger Majorität.

Aber dennoch wollen Sie vorerst den Reichstag ausschalten, um ihre Revolution fortzusetzen. Zerstörung von Bestehendem ist aber noch keine Revolution. Das Volk erwartet positive Leistungen, es wartet auf durchgreifende Maßnahmen gegen das furchtbare Wirtschaftselend, das nicht nur in Deutschland, sondern in aller Welt herrscht. Wir Sozialdemokraten haben in schwerster Zeit Mitverantwortung getragen und sind mit Steinen beworfen worden. Unsere Leistungen für den Wiederaufbau von Staat und Wirtschaft, für die Befreiung der besetzten Gebiete werden vor der Geschichte bestehen. Wir haben gleiches Recht für alle und ein soziales Arbeitsrecht geschaffen. Wir haben geholfen, ein Deutschland zu schaffen, in dem nicht nur Fürsten und Baronen, sondern auch Männern aus der Arbeiterklasse der Weg zur Führung des Staates offensteht. Davon können Sie nicht zurück, ohne Ihren eigenen Führer preiszugeben. Vergeblich wird der Versuch bleiben, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Wir Sozialdemokraten wissen, daß man machtpolitische Tatsachen durch bloße Rechtsverwahrungen nicht beseitigen kann. Wir sehen die machtpolitische Tatsache Ihrer augenblicklichen Herrschaft, aber auch das Rechtsbewußtsein des Volkes ist eine politische Macht, und wir werden nicht aufhören, an dieses Rechtsbewußtsein zu appellieren.

Die Verfassung von Weimar ist keine sozialistische Verfassung. Aber wir stehen zu den Grundsätzen des Rechtsstaates, der Gleichberechtigung, des sozialen Rechtes, die in ihr festgelegt sind. Wir deutschen Sozialdemokraten bekennen uns in dieser geschichtlichen Stunde feierlich zu den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit, der Freiheit und des Sozialismus. Kein Ermächtigungsgesetz gibt Ihnen die Macht. Ideen, die ewig und unzerstörbar sind, zu vernichten. Sie selbst haben sich ja zum Sozialismus bekant. Das Sozialistengesetz hat die Sozialdemokratie nicht vernichtet. Auch aus neuen Verfolgungen kann die deutsche Sozialdemokratie neue Kraft schöpfen.

Wir grüßen die Verfolgten und Bedrängten! Wir grüßen unsere Freunde im Reich! Ihre Standfestigkeit und Treue verdienen Bewunderung! Ihr Bekannernut, ihre ungebrochene Zuversicht verbürgen eine hellere Zukunft!"

* * *

Otto W e l s war der letzte Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vor ihrem Verbot durch Hitler. Als er seine große Rede gegen das "Ermächtigungsgesetz" am 23. März 1933 im Reichstag hielt, stand Otto Wels im 60. Lebensjahr. Am 18. September 1939 starb er als politischer Flüchtling in Paris und wurde auf dem Friedhof eines Arbeitervorortes der französischen Hauptstadt begraben. Im Frühjahr 1933 hatte Otto Wels Deutschland verlassen müssen; in Prag leitete er bis 1938 die Arbeiten des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratie. Beim Einmarsch der deutschen Truppen in die Tschechoslowakei mußte der Parteivorstand das Land verlassen; er fand Aufnahme in Paris, wo die Auelandsarbeit der Deutschen Sozialdemokratie weitergeführt wurde, bis auch Frankreich das Opfer des Hitlerkrieges wurde.

* * *

In R. F. Clarks Buch "The Fall of German Republic" (London 1933) ist der gramatische Augenblick geschildert worden, in dem in der Kroll-Oper nach Hitlers Reichstags-Erklärung der Name von Otto Wels aufgerufen wurde:

"Für eine Sekunde verbreitete sich Todesschweigen im Hause, während von draussen die drohenden Sprechchöre der SA hereindrangen. Weiß bis an die Lippen, den Mund zusammengepresst, mit harten Zügen, in sichtbarem Bewusstsein der Schwere, des Ernstes und der Gefahr des Augenblicks bestieg Otto Wels langsam die Rednertribüne. Den Kopf leicht gesenkt, aber die stämmige Gestalt gestrafft, die Schultern hochgezogen, als ob er in ein Gewehrfeuer schritte."

* * *